

## Soziales

# Armut: „Es müssen Taten folgen“

## AG der Wohlfahrtsverbände fordert mehr Zuschüsse von der Stadt.

Von Katharina Rüth

---

Sie blicken auf erfolgreiche Aktionen im vergangenen Jahr zurück, wollen auch 2019 auf soziale Probleme in der Gesellschaft aufmerksam machen. Aber bei allem brennt den Wuppertaler Wohlfahrtsverbänden Awo, Caritas, Diakonie, Jüdischer Wohlfahrtsverband, Rotes Kreuz und Parität ein Thema besonders unter den Nägeln: der gedeckelte Finanzierungsanteil der Stadt bei ihren Angeboten.

Ob Suchthilfe oder Schwangerenberatung, Integrationsarbeit oder Erziehungshilfen: Der von der Stadt übernommene Anteil wächst kaum, während die Personal- sowie Sachkosten und auch der Bedarf steigen. 2013 und 2017 habe die Stadt den Zuschuss jeweils um wenige Prozent erhöht, sonst nicht. „Wir bräuchten zwei bis drei Millionen Euro mehr, um das wieder aufzuholen“, macht Diakonie-Geschäftsführer Thomas Bartsch deutlich. Um das Loch zu überbrücken, werben die Verbände Fördermittel ein, sparen, wo es geht – und müssen auch manchmal Angebote reduzieren oder sogar einstellen.

„Es ist absurd: Politik und Verwaltung bestätigen uns, dass unsere Forderungen berechtigt sind“, berichtet Caritas-Direktor Christoph Humburg. Geholfen habe es bisher nicht viel. Vor einem Jahr beschloss der Rat eine Erhöhung der Zuschüsse für alle Träger der Sozial- und Jugendhilfe von 6,33 Millionen auf 6,6 Millionen Euro – ein Plus von 280 000 Euro. Dieser Etat wurde aber auch bis 2021 festgeschrieben.

Thomas Bartsch sagt: „Eigentlich müsste eine Neuberechnung her – und dann eine Dynamisierung erfolgen.“ Das ist die eigentliche Forderung der Verbände: eine automatische jährliche Anpassung der Anteile. Dafür setzen die Verbände auf die veränderten politischen Verhältnisse nach Ende der Groko im Rat: „Wir hoffen, dass dadurch etwas Bewegung in die Sache kommt“, sagt Humburg.

Diakonie-Direktor Martin Hamburger betont: „Es geht uns nicht um uns, sondern um die Menschen, die wir nicht versorgen können.“ Christoph Humburg erinnert: „Wir haben ein massives Problem mit Armut.“ Awo-Chef Frank Gotsmann fordert daher: „Auf das ‚Bündnis gegen Armut‘ des Oberbürgermeisters müssen Taten folgen.“

2018 standen Themen wie die unterbrochene Finanzierung für Arbeitsgelegenheiten, das Ende der Landesförderung für die altengerechten Quartiere, die Kampagne für die Ganztagsbetreuung an Schulen, Schulsozialarbeit und Inklusion auf der Tagesordnung. Im kommenden Jahr werde es unter anderem um die Integration von Langzeitarbeitslosen gehen, kündigt Christoph Humburg an. Zudem fordern die Verbände eine Ausbildungs-offensive für Erzieherinnen und Altenpfleger.

---